

Kosovo: Ein Land in den Händen der Clans

Von [Keno Verseck](#) - Donnerstag, 17.12.2015 – Spiegel online

Die Regierung lässt Abgeordnete verhaften, die Opposition blockiert seit Monaten die Parlamentsarbeit: Das Kosovo ist von einem funktionierenden Staat weit entfernt. Die EU ist daran nicht schuldlos.

Die Sicherheitsvorkehrungen sind streng wie nie zuvor - die Abgeordneten werden akribisch durchsucht, bevor sie den Plenarsaal betreten. Doch es hilft nichts. Kaum hat die Sitzung begonnen, wirft jemand eine Tränengaspatrone. Bald ist der Saal voller Nebelschwaden und die Debatte vorzeitig beendet.

Szenen aus Pristina, der Hauptstadt des [Kosovo](#), vom Montag dieser Woche - Szenen vom politischen Chaos im Land, das seit drei Monaten andauert. Immer wieder legt die Opposition die Parlamentsarbeit lahm, mit Eierwürfen, Pfeifkonzerten und Tränengasattacken. Sie will verhindern, dass die Regierungsmehrheit zwei wichtige Abkommen verabschiedet: eines über mehr Rechte für die serbische Minderheit im Kosovo, eines zur Klärung des Grenzverlaufs mit dem Nachbarland [Montenegro](#).

Inzwischen ist die Lage eskaliert: Die Regierung ließ insgesamt 13 Parlamentarier verhaften, allein zu Wochenanfang sechs - obwohl sie eigentlich Immunität genießen. Damit sitzt nun mehr als ein Drittel der kosovarischen Parlamentsopposition in Haft.

Bereits Ende November wurde während eines außerordentlich gewalttätigen Polizeieinsatzes unter anderem Albin Kurti verhaftet, ein vielgeachteter ehemaliger Bürgerrechtler, heute Führer der wichtigsten Oppositionspartei des Landes, "Vetevendosje" (Selbstbestimmung). Während kosovarische Bürgerrechtsorganisationen die Verhaftungen und die überzogene Polizeigewalt kritisieren, verteidigt die Regierung ihr Vorgehen: Sie könne nicht zulassen, dass die Opposition die Legislative gewaltsam blockiere.

Die Elite versteht das Konzept von Transparenz nicht

Die Auseinandersetzungen begannen, nachdem die Regierungen Kosovos und [Serbiens](#) sich Ende August in Brüssel auf Druck der EU über die beiden strittigen Abkommen geeinigt hatten. Dabei ist vor allem das Abkommen über den sogenannten Verband der mehrheitlich serbischen Gemeinden im Kosovo umstritten. Dieser Verband soll laut dem vagen Text des Rahmenabkommens ein eigenes Statut mit zahlreichen Vollmachten erhalten. Ob die Einzelheiten geheim gehalten werden oder es noch gar keinen konkreten Statutenentwurf gibt, ist bisher unklar. Erst einmal wird nun voraussichtlich nächste Woche das kosovarische Verfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit des Rahmenabkommens entscheiden.

Nicht zuletzt die unklaren Details dieses Abkommens fachten die Proteste der Opposition an. Verständlich, sagt Luan Shllaku, der Direktor der Kosovo Foundation of Open Society (KFOS) - er kritisiert sowohl die Regierung seines Landes als auch die EU für ihre Intransparenz: "Alle Verhandlungen um die beiden Abkommen fanden, wie in so vielen Fällen, unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Mehr noch: Die politische Elite Kosovos versteht das Konzept von Transparenz grundsätzlich nicht."

Doch die beiden strittigen Abkommen sind nur der aktuelle Auslöser der politischen Blockade im Land. Im Hintergrund geht es nach Ansicht vieler Beobachter um Machtkämpfe der verschiedenen Parteien im Kosovo. "Es ist ein Machtkampf im Rahmen unserer äußerst schwierigen Staatsbildung", sagt Naim Rashiti, Politikanalyst von der kosovarischen "Balkans Policy Research Group". "Diese Staatsbildung krankt an schwachen Institutionen, Korruption und mangelnder Rechtsstaatlichkeit. Sie bedürfte einer verantwortlichen politischen Klasse, aber die haben wir nicht."

Erst im vergangenen Jahr hatte es nach vorgezogenen Neuwahlen fast sechs Monate lang Streitigkeiten um die Verteilung von Posten zwischen den einzelnen Parteien gegeben. Erst unter dem Druck der USA und der EU kam im November 2014 eine Koalitionsregierung der beiden größten Parlamentsparteien zustande, der "Demokratischen Partei des Kosovo" (PDK) und der "Demokratischen Liga des Kosovo" (LDK), deren Vorsitzender Isa Mustafa Regierungschef wurde.

"Bisher war die EU nicht besonders hilfreich"

Zwei Parteien, die AAK (Allianz für die Zukunft Kosovos) und Nisma (Initiative), deren Führer zuvor in verschiedenen Schlüsselpositionen mitregiert hatten, blieben draußen. Der AAK-Chef Ramush Haradinaj und sein Kollege Fatmir Limaj von Nisma führen heute neben der vergleichsweise glaubwürdigen Oppositionspartei Vetevendosje die Proteste mit an. Beide gelten als korrupt und sind, ebenso wie der amtierende Außenminister [Hashim Thaci](#), schwerer Kriegsverbrechen verdächtig.

Daran, dass sechzehn Jahre nach dem Kosovo-Krieg und sieben Jahre nach der Unabhängigkeit des Kosovo obskure Politclans herrschen, trägt nach Ansicht vieler kosovarischer Beobachter auch die internationale Gemeinschaft eine Mitschuld. Der Publizist Fatmir Sheholli erinnert an das Versagen internationaler Kosovo-Missionen wie Unmik und Eulex beim Aufbau eines Rechtsstaates. Gegen hochrangiges Personal der EU-Mission Eulex etwa erhob letztes Jahr eine später suspendierte Mitarbeiterin schwere Korruptionsvorwürfe. "Solche Fälle haben die internationalen Missionen in den Augen unserer Bürger unglaubwürdig gemacht", so Sheholli.

Auch Naim Rashiti von der "Balkans Policy Research Group" glaubt, dass die internationale Gemeinschaft und besonders die EU ihre Politik im Kosovo grundlegend ändern müssten, um ihre erklärten Ziele im Land zu erreichen - Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und europäische Integration.

"Bisher war die EU nicht besonders hilfreich", so Rashiti. "Sie hat vor allem dem derzeitigen Establishment geholfen, an der Macht zu bleiben."

Im Video: Opposition legt Parlament mit Tränengas lahm

Autor: Keno Verseck, Jahrgang 1967, seit 1991 freiberuflicher Journalist mit Schwerpunkt Mittel- und Südosteuropa. www.keno-verseck.de

ebenso:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/kosovo-regierung-schafft-koerperscanner-fuer-parlament-an-a-1081711.html>

weiter Link bei Telepolis: <http://www.heise.de/tp/artikel/47/47787/1.html>